

Berlin, 27. August 2026

Verbände unterstützen von Rechtsextremen bedrohte Bürger*innen

Die in dem Bündnis Zusammen für Demokratie zusammengeschlossenen Verbände wollen Personen oder Einrichtungen, die von Rechtsextremen attackiert oder bedroht werden, gemeinsam unterstützen.

Wer wegen seines Einsatzes für die Demokratie angegriffen wird, soll nicht allein bleiben, so das Ziel einer "Solidaritätsvereinbarung", die von über 80 Verbänden unterstützt wird — darunter die Gewerkschaften, die großen christlichen Kirchen, Sportverbände, zahlreiche Menschenrechtsorganisationen, Sozial- und Umweltverbände.

Nach Anschlägen auf Jugend- oder Kulturzentren, bei Hass-Kampagnen gegen Menschen, die sich öffentlich äußern, oder wenn ehrenamtlich Engagierte bedroht werden, wollen die Bündnis-Mitglieder praktische Hilfe anbieten. Das kann je nach Lage unter anderem in der Form einer öffentlichen Solidarisierung oder durch rechtliche oder finanzielle Unterstützung geschehen.

Das Bündnis wurde 2024 gegründet, um das Engagement der Verbände für die Demokratie zu bündeln. Mit der Solidaritätsvereinbarung sollen Bürger*innen ermutigt werden, ihr Engagement trotz zunehmender Anfeindungen fortzusetzen.

www.zusammen-fuer-demokratie.de

Jonas Frykman [er,ihm]

Margaretha Eich [sie,ihr]

E-Mail: info@zusammen-fuer-demokratie.de

Telefon: +49 1579 2490625

Berlin, 27. August 2026

Wir stehen füreinander ein!

Wir stehen für die Verteidigung von Demokratie, Menschenrechten und sozialer Gerechtigkeit. Unser Ziel ist eine offene, vielfältige und solidarische Gesellschaft, in der alle Menschen in Würde, Freiheit und Sicherheit leben können.

Die extreme Rechte will die Grundfesten unserer Gesellschaft zerstören. Dafür setzt sie systematisch Gewalt, Drohungen, Beleidigung und Desinformation ein, um besonders verletzbare Gruppen und engagierte Menschen einzuschüchtern, zu diskreditieren und mundtot zu machen.

Angesichts dieser zunehmenden Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft bekennen wir uns im Bündnis „Zusammen für Demokratie“ dazu, füreinander einzustehen. Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen, Initiativen und Organisationen, die Opfer solcher Attacken werden.

Die Bedrohungsallianzen der extremen Rechten und ihrer Verbündeten stellen in einigen Regionen eine tägliche und akute Gefahr dar. Diese Feinde von Demokratie bedrohen Menschen mit Einwanderungsgeschichte, Migrant*innen, queere Menschen, Menschen mit Behinderungen in besonderem Maße. Sie benötigen besonderen Schutz. Darüber hinaus greifen sie alle an, die sich für eine offene und gerechte Gesellschaft einsetzen.

Auch ein großes Bündnis wie „Zusammen für Demokratie“ kann nicht auf alle Angriffe so reagieren, wie es notwendig und angemessen wäre. Wir versprechen, unsere Kräfte zu bündeln und sie bestmöglich einzusetzen. Dafür beschließen wir einen Rahmen mit Definitionen, Entscheidungskriterien und Verfahren, um die gemeinsame Arbeit zum Schutz der Zivilgesellschaft im Bündnis bestmöglich zu organisieren.

Bündnis „Zusammen für Demokratie“

Holger Wilms, Vorstand des Anthropoi Bundesverbands:

„Die extreme Rechte versucht systematisch, die Grundfesten unserer Gesellschaft zu zerstören. Sie agiert als Stichwortgeber für Ausgrenzung, Diskriminierung und Hass. Angriffe auf Menschen mit Behinderungen, mit Einwanderungsgeschichte oder queere Menschen beeinträchtigen bereits heute den Alltag vieler. Wir merken: Das ‚Nie wieder‘ ist jetzt. Darum stehen wir zusammen!“

Yasmin Fahimi, die Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes:

„Lassen wir uns nicht spalten. Spaltung schwächt unsere Gesellschaft. Wir setzen der Solidarität entgegen und bieten mit der Solidaritätsvereinbarung Schutz, Öffentlichkeit und Unterstützung. Wenn einzelne angegriffen werden, dann stehen wir zusammen.“

Andre Lehmann, Bundesvorstand des LSVD+ — Verband Queere Vielfalt:

„Der Anschlag auf den CSD Berlin traf einen Ort des Kampfes für queere Rechte und steht gerade deshalb für den steigenden queerfeindlichen Hass in Deutschland. Ein Angriff auf queere Rechte ist immer auch ein Angriff auf demokratische Räume. Daher stehen wir gemeinsam für Vielfalt und Demokratie.“

Rüdiger Schuch, Präsident der Diakonie Deutschland:

„Auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Diakonie erleben Gewaltandrohung, spüren bisweilen Angst und Unsicherheit, weil sie für andere da sind, etwa in der Migrationsberatung oder der Arbeit mit Menschen mit Behinderung. Das erleben auch Menschen, die sich bei uns ehrenamtlich engagieren. Hass und Hetze statt Respekt und Anerkennung. Genau hier setzt die Solidaritätsvereinbarung des Bündnisses an: Mit Anfeindungen soll niemand allein umgehen müssen, sondern das wollen wir gemeinsam tun.“

Sophie Lampl, Geschäftsführende Vorständin von Greenpeace Deutschland:

„Unsere Zivilgesellschaft ist die fünfte Säule der Demokratie. Rund 27 Millionen Menschen engagieren sich ehrenamtlich für Umwelt, Menschenrechte oder sozialen Zusammenhalt in Deutschland. Als kritische Organisationen schauen wir den Regierenden auf die Finger, machen Missstände sichtbar und bringen mit unserer Expertise Lösungen im Sinne des Gemeinwohls ein.“

**Karen Taylor, Vorständin der Bundeskonferenz der
Migrant*innenorganisationen e.V.:**

„Die Ziele wechseln, das Muster bleibt gleich. Heute trifft es eine migrantische Organisation, morgen eine queere Initiative, übermorgen eine Umweltorganisation oder Gewerkschaft. Unsere Antwort ist nicht Rückzug, sondern organisierte Solidarität. Wenn eine Organisation angegriffen wird, bleibt sie nicht allein. So ist klar: Solidarität ist kein Gefühl. Solidarität ist eine gemeinsame Verantwortung.“

Julia Duchrow, Generalsekretärin von Amnesty International in Deutschland:

„Die Lage der Zivilgesellschaft ist ein Seismograf für den Zustand der Demokratie. Menschenrechte verschwinden nicht auf einen Schlag. Autoritäre Politik beginnt mit Angriffen auf marginalisierte Gruppen und die kritische Zivilgesellschaft. Wo Rechte für Einzelne nicht mehr gelten, gelten sie bald für niemanden mehr.“

Benny Folkmann, Vorstandsmitglied der Deutschen Sportjugend

„Angesichts zunehmender Angriffe auf Organisationen, Vereine, Initiativen und engagierte Menschen ist es wichtiger denn je, zusammenzustehen. Gerade der Sport lebt von Zusammenhalt und Vielfalt. Im Bündnis ‚Zusammen für Demokratie‘ zeigen wir Solidarität mit allen, die sich für unsere Demokratie einsetzen und dafür angegriffen werden. Gemeinsam setzen wir uns für einen Sport mit Courage und eine starke, offene und vielfältige Zivilgesellschaft ein.“

ZUSAMMEN FÜR DEMOKRATIE

Im Bund. Vor Ort. Für Alle.

Im Bündnis Zusammen für Demokratie arbeiten 80 Organisationen in Deutschland zusammen.

In all unserer Unterschiedlichkeit eint uns, dass wir für unsere Demokratie, für die Würde eines jeden Menschen und die Menschenrechte eintreten.

Wir haben uns im März 2024 zusammengeschlossen, um diese Werte mit vereinten Kräften gegen die Bedrohung durch Rechtsextreme zu verteidigen.

**Wir brauchen ein großes und starkes Bündnis.
Es geht uns alle an!**

www.zusammen-fuer-demokratie.de

Jonas Frykman [er,ihm]

Margaretha Eich [sie,ihr]

E-Mail: info@zusammen-fuer-demokratie.de

Telefon: +49 1579 2490625

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste ● Alhambra Gesellschaft ● Amadeu Antonio Stiftung ● Amnesty International Deutschland ● Anthropoi Bundesverband ● Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd) ● Arbeit und Leben ● Arbeiter-Samariter-Bund (ASB) ● Arbeiterwohlfahrt (AWO) Bundesverband ● Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ● Attac Deutschland ● Brot für die Welt ● Bund der Freien Waldorfschulen ● Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) ● Bundesarbeitsgemeinschaft Elterninitiativen ● Bundeskonferenz der Migrant*innenorganisationen (BKMO) ● Bundesmusikverband Chor & Orchester ● Bundesverband der Freien Alternativschulen ● Bundesverband der Mütterzentren ● Bundesverband für körper- und mehrfach-behinderte Menschen (bvkm) ● Bundesverband Mobile Beratung ● Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung (BKJ) ● Bündnis Klima-Allianz Deutschland ● Campact ● CLAIM gGmbH ● Dachverband der Migrant*innenorganisationen in Ostdeutschland (DaMOst) ● Dachverband Gemeindepsychiatrie ● Der Kinderschutz Bund Bundesverband ● Der Paritätische Gesamtverband ● Deutsche Bischofskonferenz ● Deutsche Sportjugend im Deutschen Olympischen Sportbund ● Deutscher Alpenverein (DAV) ● Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) Bundesverband ● Deutscher Bundesjugendring ● Deutscher Caritasverband ● Deutscher Frauenrat ● Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) ● Deutscher Kulturrat ● Deutscher Mieterbund ● Deutscher Naturschutzring ● Deutscher Olympischer Sportbund (DOSB) ● Deutscher Verein der Blinden und Sehbehinderten in Studium und Beruf ● Deutscher Volkshochschul-Verband ● Deutsches Jugendherbergswerk (DJH), Hauptverband für Jugendwandern und Jugendherbergen ● Deutsches Kinderhilfswerk ● Diakonie Deutschland ● Digitalcourage ● Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland ● Evangelische Akademien in Deutschland ● Evangelische Kirche in Deutschland ● Forum Menschenrechte ● Friedensdorf International ● Fußball stiftet Zukunft ● Gesicht Zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland ● Greenpeace Deutschland ● Internationale Jugendgemeinschaftsdienste (ijgd) ● Katholische Akademien ● Katholische Erwachsenenbildung Deutschland ● Landesfeuerwehrverband Rheinland-Pfalz ● LSVD+ — Verband Queere Vielfalt ● medico international ● Mehr Demokratie ● Muslimische Akademie Heidelberg - Teilseind e. V. ● National Coalition Deutschland — Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention ● Netzwerk für Demokratie und Courage ● Neue Deutsche Organisationen — das postmigrantische netzwerk (ndo) ● Omas gegen Rechts Deutschland ● Pro Asyl ● Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein ● Sozialverband Deutschland ● Stiftung gegen Rassismus ● TERRE DES FEMMES ● Terre des Hommes ● Türkische Gemeinde in Deutschland ● VBRG — Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ● Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf ● Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) ● Vereinigung demokratischer Juristinnen und Juristen ● Volkssolidarität ● Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) ● Stand: 1.8.2026